

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Sonntag, 30. November 1952

Blatt 1874

Grundlagen für die gute Ortsplanung =====

30. November (RK) Heute vormittag setzte der 9. Österreichische Städtetag **unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Honay** seine Beratungen fort. Von der Geschäftsleitung war eine Resolution über die Wohnbaufinanzierung vorgeschlagen worden. Es heißt darin: Der Österreichische Städtebund erblickt in dem vor Jahresfrist geschaffenen Wohnbauschilling eine wertvolle Basis für die Finanzierung des Wohnungsbaues in Österreich. Der Städtetag appelliert jedoch an die Bundesregierung, stärker als bisher Bundesmittel zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung zu stellen und besonders die Freigabe von Counterpart-Mitteln für diesen auch volkswirtschaftlich dringenden und förderungswürdigen Zweck anzufordern. Ferner soll nichts unversucht gelassen werden, was eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaues ermöglicht.

Eine aktive bewußte Bodenpolitik der Gemeinden und die Befreiung der Ortsplanungen von einseitigen Interessengruppen forderte Oberbaurat Dipl. **Arch. Ing. Boeck** bei seinem Referat vor dem 9. Österreichischen Städtetag.

Gute Ortsplanungen in den österreichischen Gemeinden und Städten sind nur dann möglich, wenn sie auf sachlich sauberen, eingehenden Ergebnissen der modernen städtebaulichen Grundlagenforschung basieren, die deutlich das Gefüge und die Tendenz der baulichen und gesellschaftlichen Entwicklung erkennen lassen.

Keine rein ästhetischen, sentimentalenen keine blendende Pläne für die zukünftige Gestaltung der Orte, sagte Oberbaurat Boeck, dürften zur Ausführung gelangen, sondern nur strukturell klare, harmonische und ökonomische Planungen, die von nüchternen, sozialen, die Wirtschaft fördernde Voraussetzungen ausgehen.

Nur erfahrene Orts- und Landesplaner sollen mit solchen Aufgaben betraut werden, sonst würden diese nur einseitig gelöst

werden und die chaotischen baulichen Entwicklungen auch in Zukunft so weitergehen, wie sie heute in sovielen österreichischen Gemeinden und Städten beobachtet werden können.

Die Gemeinden müßten der Lösung der Bodenfrage durch die Forderung nach einem städtebaulich wirksamen Bodenbeschaffungsgesetz in gesteigertem Maße Nachdruck verleihen, da sonst alle noch so vernünftigen Planungen für die Zukunft unrealisierbar blieben und niemals Wirklichkeit werden könnten.

Für eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung aber ist die Lösung der Bodenfrage überhaupt erst die Voraussetzung für eine gute Ortsplanung.

Eine gute Ortsplanung aber bedeute geringere ökonomische Verwaltungskosten, bequemes und erfolgreicherer Arbeiten und Wohnen und größere soziale Sicherheit für die kommende Generation!

Der Bezirkshauptmann von Linz-Land, Dr. Jungwirth, sprach in der Debatte über die Erfahrungen, die in der Umgebung der Stadt Linz gemacht wurden. Er regte an, zur Bestandsaufnahme Fachleute von den Universitäten heranzuziehen.

Zu "Allfälliges" sprach Vizebürgermeister Horejs, Kufstein, der zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit die Verlegung des Fiskaljahres anregte.

Heimat, Frieden und Menschlichkeit

Bürgermeister Dr. Koref, Linz, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, schloß den 9. Österreichischen Städtetag. In Zusammenfassung der Arbeit, die der Städtetag geleistet hat, ging Bürgermeister Dr. Koref nochmals auf den Bericht von Stadtrat Resch ein. Der Finanzausgleich stellt jedes Jahr eine ganz schwere Belastung der Gemeinden dar, die noch dazu ständig wächst. Man müsse daher mit aller Deutlichkeit sagen: "Bis hierher und nicht weiter!" Die Gemeinden haben Verständnis für die Notlage des Bundes an den Tag gelegt. Sie haben daher ein sachliches und moralisches Recht darauf, daß auch der Bund Verständnis gegenüber der Notlage der Gemeinden bekundet. Leider ist dies bisher nicht immer der Fall gewesen. Man sagt, die Gemeinden seien die Keimzellen der Demokratie. Man darf aber die Keimzellen nicht absterben lassen. Die Not der Gemeinden inauguriert eine wirtschaftspolitisch und staatspolitisch gefährliche Epoche. Es ist daher notwendig, daß Bund,

30. November 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1876

Länder und Gemeinden in allen lebenswichtigen **Belangen des** österreichischen Volkes auf einer gemeinsamen Ebene arbeiten.

Bürgermeister Dr.Koref sagte weiter, die Arbeit des Österreichischen Städtebundes sei ein Musterbeispiel für den Willen seiner guten Zusammenarbeit. Weltanschauliche Gegensätze werden zurückgestellt, da für den Städtebund das Wohl der Gemeinden entscheidend **sei**. So werde zur demokratischen Schulung und zur Festigung der Demokratie in Österreich Wertvolles beigetragen. Der 9. Österreichische Städtetag demonstrierte in eindrucksvoller Weise, daß er sich der Verantwortung bewußt sei, mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung zu vertreten.

Abschließend sagte Dr.Koref, er wolle hoffen, daß die Tätigkeit des Städtebundes die entsprechende Anerkennung in der Öffentlichkeit findet. Das Leben in Österreich hat sich in den letzten siebeneinhalb schweren Jahren normalisiert. Eine ungeheure Wiederaufbauarbeit liegt hinter uns, an der die österreichischen Gemeinden hervorragenden Anteil haben. In diesem stolzen Bewußtsein könne man mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Städtetag werde weiter arbeiten im Dienst von Volk und Heimat, von Frieden und Menschlichkeit.